

Notwendigkeit eines Digitalministeriums? – Blendwerk und PR-Vehikel der FDP?

written by JvHS | 14. Oktober 2021

„Wer will, dass ihm andere sagen, was sie wissen, der muss ihnen sagen, was er selbst weiß. Das beste Mittel, Informationen zu erhalten, ist, Informationen zu geben.“
– Niccolò Machiavelli

„Wo Transparenz und Einsicht in Notwendigkeiten fehlen, wuchern Egoismen und Verblendung“ – JWB

„Die Zahl derer, die durch zu viele Informationen nicht mehr informiert sind, wächst.“ – Rudolf Augstein

Christian Lindner und seine FDP der „Leistung soll sich wieder lohnen“-Anhängerschaft streiten in den Koalitionsverhandlungen auch für ein Digitalministerium. Als wäre dies das Allheilmittel zum Fortschritt Deutschlands. Das PR-geleitete Selbstbildnis seiner Person und der FDP-Partei würde ein solches Ministerium als „erfolgreiches Verhandeln“ verkaufen und als Einlösung der „Wahlversprechen“. Die Bertelsmann-Stiftung kommt zur Schlussfolgerung, dass der politische Wille die wirksamere Kraft darstellen würde, die IT-Infrastruktur nach vorne zu bringen und die Verwaltungssteinzeit zu beenden, wie sie sich in der Pandemie-Begleitung (händische Papier-gestützte Statistik in den Gesundheitsämtern) oft genug gezeigt hatte. In einer deutlich analytischeren Betrachtung beschäftigt sich ein Artikel auf netzpolitik.org mit der Thematik.

Hervorzuheben ist vor allem der Aspekt, dass für die Wirksamkeit von kraftvollen Entscheidungsmaßnahmen nicht die

formale Gründung eines „Digitalministeriums“ hinreichend wäre, weil es an den systemischen Schwächen der bisherigen Regierungs- und Ministeriumskultur nichts ändern würde. Solange die Konkurrenz der einzelnen Ministerien in der Wirkung ein mehr gegeneinander arbeiten bestätigen würde, statt die Synergieeffekte der gemeinsamen Potenziale nutzbringend zu realisieren, verpuffen alle Strukturen und Kosten im alten „weiter-so-wie-bisher-Muff“ der Regierungsbürokratie.

Es kann gerade auch von der FDP als kleinste Partei in der Ampel-Koalition gefordert und erwartet werden, dass sie ihre Selbstdarstellungskampagnen in den Vertragsverhandlungen zurücknimmt und ihre Mitarbeit in den Dienst der Aufgabenbewältigung des Reformstaus stellt, welche die CDU/CSU-Regierungszeit der letzten 16 Jahre hauptsächlich zu verantworten hat. Dazu gehört auch, nicht die teuren „Beratungsdienste“ der Berater-Industrie wieder mit hunderten von Millionen Steuergeldern zu bezahlen, sondern die Fähigkeiten und das Potenzial der NGOs (wie CCC – Chaos Computer Club und anderer IT-Größen) einzubeziehen. Dies wäre auch eine Form der direkten Demokratie, in der die Zusammenarbeit mit der parlamentarischen Demokratie verzahnt werden kann.